

Ein unrealer Reiseplan und reale Fakten

Von Klaus Höpcke

dieser Richtung würden in Kürze eintreten. Oder ist er sich der Notwendigkeit solcher Veränderungen gar nicht bewußt?

Die Reste des zweiten Weltkrieges beseitigen...

Sei's wie es sei - halten muß man sich an die Tatsachen der Geschichte und ihre Schlußfolgerungen. Die Beseitigung aller Reste des zweiten Weltkrieges steht für unser Volk als Punkt 1 auf der Tagesordnung des welthistorischen Ringens um die Sicherung des Friedens und um die Zukunft der deutschen Nation. An der Spitze der Liste der Überreste des letzten Krieges, aus denen jetzt die Flammen des atomaren Weltkrieges zu schlagen drohen, aber sehen Namen wie die oben zitierten. Ihre Entmachtung wäre nicht erst Ende April 1962 notwendig, sondern schon seit Jahrzehnten.

Wie aber kann nun endlich ihrem Treiben ein Ende gesetzt werden, damit Westdeutschland gesundet wird?
Auf jeden Fall durch die weitere Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik. Auf keinen Fall dagegen durch Illusionen wie die, in zwei, drei Monaten sei das Schwierigste bewältigt. Denn das Ringen um die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges ist härtester Klassenkampf gegen den westdeutschen Militarismus und Imperialismus. In Westdeutschland werden die größten Teile der Bevölkerung ihren Verpflichtungen in diesem Kampf noch nicht gerecht, freiwillig aber geben die Herren des Monopolkapitals nicht eine einzige ihrer aggressiven Positionen auf. Wozu sich ergibt: Sie müssen gezwungen werden. Konkret erreichbar ist das nur durch konsequenten Kampf für die Festigung aller Positionen der DDR, wobei von folgender Tatsache auszugehen ist: Viele Menschen in Westdeutschland sind noch durch die antikommunistische Hetze irreführt und lassen sich für revanchistische Lösungen mißbrauchen. Ihnen muß durch unser aller Wirken, durch unser festes Zusammenstehen für die Friedenspolitik der DDR beholfen werden:

a) Die endgültige und allseitige Überwindung der Schwierigkeiten für Kongreß- und andere Reisen von Bürgern unserer Arbeiter- und Bauern-Staates nach Westdeutschland usw. kann nur in der Verwindung Westdeutschlands aus einem Herrschaftsgebiet des Monopolkapitals in ein Land der Herrschaft des Volkes liegen.
b) Unmittelbare Verbesserungen sind nur möglich, wenn das Minimalprogramm der Entspannung, das Walter Ulbricht auf der 14. Tagung des ZK der SED entwickelt hat, verwirklicht wird. In diesem Vorschlag ist u. a. vorgesehen: „Vereinbarung über die Anerkennung der beiderseitigen Reisepläne als Voraussetzung einer vertraglichen Regelung des Reiseverkehrs“. Den Rahmen grundsätzlicher politischer Maßnahmen, in den dieser Vorschlag hineingestellt ist, bilden die Forderung an Verhandlungen über die Stellung beider deutscher Staaten zum Friedensvertrag, die Forderung nach Verzicht beider deutscher Staaten auf Atombewaffnung sowie die Anregungen, beide deutsche Staaten sollten den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO unterstützen und beide deutsche Staaten sollten ihre Aufnahme in die UNO betreiben.

Was wäre - wir wiederholen die schon eingangs gestellte Frage - wenn in Westdeutschland an die Stelle der Adenauer und Co. Männer wie Walter Ulbricht träten - Kämpfer für die Interessen der Werktätigen und Förderer der Entwicklung der humanistischen deutschen Wissenschaft und Kultur wie er? Dann würden die DDR-Vorschläge auf Entspannung angenommen. Dann würden nicht mehr nur wir Vorschläge zur Verständigung und Entspannung machen, sondern auch die Partner in Westdeutschland. Dann wäre Schluß mit den entwürdigenden, unannehmbaren Bedingungen, denen das Bonner Regime die Bürger unseres Staates zu unterwerfen sich anmaßt.
Dafür zu kämpfen, das ist die Forderung des Tages. Heute, Ende April und in den Monaten und Jahren danach. Bis zum Erfolg. Vorher „schlapp“ zu machen, bedeutet, gewollt oder ungewollt willfährige Beute der psychologischen Kriegsführung des deutschen Imperialismus zu werden.

... oder glimmen lassen?

Nun gibt es Universitätsangehörige die meinen, Reisen nach Westdeutschland seien geradezu das Instrument, den Menschen in Westdeutschland richtige Vorstellungen über die Politik der DDR zu vermitteln.
Die Logik haben diese Kollegen nicht auf ihrer Seite. Durch die Tat - die Reise - wollen sie die Negierung unseres Staates und seiner exakten Vertragsvorschläge dulden, durch Reden - Gespräche am Mittagstisch, in einer Konferenzpause o. ä. - wollen sie zum Schlag gegen das unserem Staat feindliche Westzonenregime ansetzen. Ist es nicht klar, daß sie so eine wenig eindrucksvolle Figur abgeben? Die Vertreter des deutschen Militarismus und Imperialismus pflegen über solche Naivität schadenfreudlich und hohnvolles Lachen auszuschütten.
Nicht anders verhält es sich mit Reisen nach Paris oder anderen Orten in NATO-Staaten. Die drei Westmächte führen in unzulässiger Weise ehemalige Vierzehn-

organe wie das Travel-Board-Büro weiter. Das ist eine von Dutzenden Maßnahmen zur Entwürdigung unseres Staates, die die NATO-Regierungen jetzt unter Ausnutzung der Reste des zweiten Weltkrieges treffen. Diese Maßnahmen aber dienen der Atomkriegsvorbereitung. Kann man da auch nur einen Schritt tun, der die Fortexistenz solcher Einrichtungen begünstigt?
Es ist schon so: Niemand kommt umhin, die große Auseinandersetzung um die Lösung der nationalen Frage als härtesten Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Kräften auf der einen und dem deutschen Monopolkapital und seinen Beauftragten auf der anderen Seite zu begreifen. Einen Weg „zwischen“ diesen hart auf hart einander gegenüberstehenden Konzeptionen gibt es nicht. Die Illusion von der Möglichkeit eines „dritten“ Weges zwischen Monopolkapital und Arbeiterklasse ist Ausdruck eines Denkens, das sich fernab von geschichtlichen Lehren und politischen Tatsachen der Gegenwart zu halten sucht. Das muß jedem bewußt werden. Niemand kommt umhin, auch die Reisefrage als Bestandteil des Klassenkampfes um Frieden und Nation zu sehen und im besonderen den Aufgaben einzuordnen, die im Ringen um die Beseitigung aller Reste des zweiten Weltkrieges vor uns stehen.

These „Einheit der deutschen Wissenschaft“ ist revanchistische Losung geworden

Wenn wir uns fragen, was diesen oder jenen noch hindert, zu den hier dargelegten Einsichten vorzudringen, so stoßen wir auf die These der „Einheit der deutschen Wissenschaft“.

Interessanterweise wird diese These in einigen Wissenschaftszweigen gerade jetzt von Bonn mit großer Vehemenz propagiert. Zufall? Nein. Ausdruck des Versuchs der Fortführung der am 13. August gescheiterten Politik. Ausdruck des Versuchs, wenn schon nicht militärisch und politisch unser Staat „einnehmbar“ war und ist, so doch wenigstens unsere Wissenschaft der westdeutschen einzuverleiben. Das Bonner Zollegsetz soll unser Staatsgebiet in einen Westzonenanteil verwandeln. Die These „Einheit der deutschen Wissenschaft“ ist Instrument der Unterordnung und Ausräumung der DDR-Wissenschaft.

Beweise dafür gibt es mehr als genug. Man sehe sich nur die hochstaplerischen Bezeichnungen an, die die verschiedensten wissenschaftlichen Gesellschaften im Bonner Staat führen. Mir ist keine einzige bekannt, die sich an die Realitäten hält, sich als westdeutsche Institution vorstellt und von der Position völliger Gleichberechtigung und Gleichstellung der DDR und ihrer Wissenschaftler ausgeht. Oder man nehme folgendes Beispiel, das dem Bereich der Landwirtschaftswissenschaften entstammt: Die west-„Deutsche Landwirtschaftliche Gesellschaft“ hat Forschungen von u. a. von DDR-Wissenschaftlern, publiziert wissenschaftliche Ergebnisse aus den Instituten für Tierernährung und für Landtechnik der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften, aber jetzt leitet diese Gesellschaft für sich juristische Ansprüche daraus ab! Sie fordert von uns, wir sollten an sie Lizenzgelder bezahlen.

Die Möglichkeit des Gebrauchs der These „Einheit der deutschen Wissenschaft“ als revanchistische Losung, d. h. ihre aktuelle politische Unhaltbarkeit hängt damit zusammen, daß diese These seit eh und je ein Unsinn war.
Bequemlichkeitshalber möchte mancher die Probleme der Rolle der Wissenschaft in der menschlichen Gesellschaft da enden lassen, wo sie eigentlich erst beginnen. „Blindarm gleich Blindarm“ oder „Gibt es drüben einen anderen Pythagoras?“ lauten Einwürfe von ihrer Seite. Jedem aber, der sich solche Beschränkungen nicht aufzuerlegen, der objektiv untersucht, was es mit der Wissenschaft im Leben der menschlichen Gesellschaft auf sich hat, der weiß um ihre mindestens fünffache ge-

sellschaftliche Bezogenheit: In ihren materiellen Grundlagen, in ihren Aufgabenstellungen, in der Verwendung ihrer Ergebnisse, in den Menschen, die die Wissenschaft betreiben, und nicht zuletzt in der ideologischen, weltanschaulichen Deutung der Resultate besonders naturwissenschaftlicher Forschungen - kurz in der vielfältigsten Weise - ist die Wissenschaft in allen Epochen ihrer Entwicklung klassen-gebunden gewesen.

Der These „Einheit der deutschen Wissenschaft“ schlägt auch all das ins Gesicht, was es aus der neueren deutschen Geschichte zur Rolle der Wissenschaft festzustellen gibt. Von einer „Einheit der deutschen Wissenschaft“ konnte auch im einheitlichen imperialistischen Deutschland real keine Rede sein. Warum nicht? Weil erstens dem Mißbrauch der Wissenschaft durch Imperialismus und Militarismus sich schon früher Wissenschaftler wie der Nationalökonom Karl Bücher oder der Chemiker Ostwald entgegenstellten. Das heißt, Aufgabenstellungen und Verwendung der Ergebnisse brachten eine Reihe von Wissenschaftlern in Gegensatz zu anderen Repräsentanten ihrer Disziplinen. Und dieser Gegensatz war zuletzt sehr eng mit der unversöhnlichen Auseinandersetzung zwischen dialektischem Materialismus und verschiedensten Strömungen idealistischer Philosophie verknüpft. Zweitens sind es die Gesetze der Anarchie der kapitalistischen Produktion, die selbst bei gewissermaßen einheitlicher imperialistischer Zielsetzung und Ausnutzung der Wissenschaft dem Entstehen ihrer Einheit entgegenwirken: die Konzernstrukturen waren in vielen Fällen schon die Grenze, die nicht überschritten werden durfte. Daß sich das heute in Westdeutschland, den USA usw. nicht geändert hat, beweisen ja erst in den letzten Jahren wieder die Enthüllungen amerikanischer Zeitungen über Ursachen der USA-Mißerfolge im Weltraum mit Hinweisen auf die Zersplitterung der Raketenforschung in drei konkurrierende Monopollgruppen.

Ferner sei hervorgehoben, daß die Bonner Prediger der „Einheit der deutschen Wissenschaft“ sich schon längst als Heuchler und Demagogen auch in dieser Frage entlarvt haben.

Sie, die dem Nationalverrat als Staatspolitik huldigen; sie, die erst Westdeutschland vom Nationalverband losgerissen haben, um ihre volksteindliche Herrschaft aufrechtzuerhalten, und jetzt aus dem gleichen Grund und mit dem Ziel der Atomkriegsvorbereitung die völlige Auslieferung Westdeutschlands an die USA im Rahmen der „Atlantischen Union“ betreiben; sie, die keine Scham empfinden, seien ihre Vergeben gegen die Würde des Menschen und der Nation und nicht zuletzt gegen die humanistische Berufung der Wissenschaft noch so groß - sie wollen mit dem Ruf „Einheit der deutschen Wissenschaft“ ernstgenommen werden?! Das ist unüberbittler Zynismus.

Das Beispiel, an dem das unsere Universität am deutlichsten verspürte, war der Wortbruch des Heidelberger Theologen W. Hahn, der es als damaliger Rektor der Ruprecht-Karl-Universität fertigbrachte, den Senat unserer Universität, der im März 1960 den Heidelberger Professoren einen Besuch unserer Karl-Marx-Universität ermöglichte, gewissermaßen zur kollektiven Person non grata zu erklären und die schon ausgesprochene Einladung zum Besuch der Heidelberger Universität wieder zerriß. Warum? Ihm war bewußt, - das wird ein Besuch auf Basis von Gleichheit und Gleichberechtigung für Unterordnung und Ausräumung der wissenschaftlichen Arbeit zum Nutzen des Sozialismus fanden Hahn, und Lübke-Lemmer in seinem Rücken, bei dem Besuch keinen Anstanzpunkt. So verdammenswert ihr darauf erfolgter Wortbruch ist, er hatte auch sein Gutes: Illusionisten bei uns aufzuklären, daß Bonn mit Kontakten, Tagungen und Lösungen wie der von der angeblichen „Einheit der deutschen Wissenschaft“ nichts anderes im Schilde führt als eben - wie erwähnt - Unterordnung.



Von Tokioter Studenten ausgeplitten (unser Bild) von indonesischen Studenten mit faulen Eiern beworfen, wurde Robert Kennedy von Brand herzlich willkommen geheißen - Solidarität der Geschloffenen.
Foto: Zentralbild

Ausräumung, Bremsung der DDR-Wissenschaft.

Die gleiche Erkenntnis kommt zum Ausdruck, wenn Klinikdirektoren unserer Universität in Auswertung gewisser Kongresse ihres Fachgebietes in Westdeutschland resümierend die Feststellung trafen, im ganzen sei nichts Neues herausgekommen.

Die DDR ist „zu Hause in der Welt“

Reden wir mit unserer Polemik gegen Westreisen und die falsche These von der „Einheit der deutschen Wissenschaft“ der Abgeschlossenheit das Wort? Nichts falscher als diese Annahme!

Wir gehen vielmehr davon aus, daß wir in enger Verbindung und Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern der Sowjetunion, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Volkspolens, Ungarns usw. immer mehr zur Bestimmung der Weltspitze der Wissenschaft durch die Kräfte des sozialistischen Weltsystems beitragen können.

Unser Staat ist der Staat der Zukunft der deutschen Wissenschaft. Er leistet quantitativ erheblich mehr für die Entwicklung der Wissenschaft als unter seinen Voraussetzungen der Westzonenstaat. Vor allem aber hat er die qualitativen Veränderungen vollzogen, die den Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche entsprechen: Er stellt Forschung, Lehre und Erziehung in den Dienst des Friedens und des Sozialismus. Er führt und führt erstmals in der deutschen Geschichte die breiten Schichten der Werktätigen an die Wissenschaft heran, ermöglicht ihnen, sich wissenschaftliche Kenntnisse anzueignen und für den gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen.

Gagarin und Titow vor den Augen, sehen wir die gewaltigen Perspektiven sozialistischer Wissenschaft in allen Disziplinen. Hans Zehrer, Chefredakteur einer westdeutschen Zeitung, schreibt in einem Leitartikel seines Blattes unter der Überschrift „Nicht zu Hause in der Welt“ (vgl. „Die Welt“, 6. 1. 1962): „Der Mensch ist dort draußen nicht zu Hause; weder in der Unendlichkeit des Weltraumes mit seinen Raketen und künstlichen Monden, noch in jener neuen Welt, die immer deutlicher chaotische Züge anzunehmen beginnt.“

Wir können erwidern - für unseren Staat als Ganzes wie für die Wissenschaft in der DDR: Wir sind zu Hause in der Welt. Diese Welt ist unsere Welt. Und die „chaotischen Züge“, die Herr Zehrer zu sehen vermeint, das sind unsere Erfolge im Wettbewerb und Kampf auf politischem, ideologischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet.

Diese Erfolge bedeuten Niederlagen der Imperialisten. Sie suchen sie weitzumachen, indem sie die konsequente Verwirklichung unserer Friedenspolitik zu stören trachten. Das wird nicht gelingen. Auch nicht mit verlogenen Reiseplänen. Denn das Weiterdenken und Zuedenken über den Klassenkampf der nationalen Frage kann durch niemanden und nichts aufgehalten werden. Auch unsere Universitätsangehörigen drängen dabei immer tiefer in das Wesen der Probleme ein und vermögen es immer besser, Konsequenzen für ihre eigene Tätigkeit und ihre Haltung zu ziehen. Und manche Wissenschaftler und Studenten - die vielleicht - wie der eingangs zitierte Professor im Januar meinte, nicht überblicken zu können, welche Aufgaben unserer Ende April harren, verstehen mehr und mehr: Die Überwindung des Imperialismus in Westdeutschland durch maximale Stärkung und Festigung der DDR, die Vollendung des Sozialismus - darauf kommt es für uns alle an.

* Aus dem Schlußteil eines am 27. Februar 1962 im Franz-Mehring-Institut gehaltenen Vortrages über „Die zunehmende Militarisierung der westdeutschen Universitäten in den Jahren 1960-1961“.

Eine richtige Entscheidung

(Fortsetzung von Seite 1)

geben, aber da ist es mein Mann, der mir hilfreich zur Seite steht. Der Briefverkehr mit meinen Eltern ist zwar spärlich, aber reich an Diskussionen. Ich teile meinem Vater unsere Probleme mit und bitte darum, daß er seine schreibt. Er antwortete mir einst hierauf: „Bei uns gibt es keine Probleme, die Menschen machen sie nur selbst.“ Auch er will Frieden, so schreibt er. Aber welcher Hohn spricht doch aus diesen Zeilen, wenn er weiter schreibt: „... der gute Wille genügt ja schon für die Tat.“ Er hat den zweiten Weltkrieg miterlebt und hat es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß er lebend zurückkehrte, er hat im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat gelebt, der keine Kosten für seine Weiterbildung scheute. Man müßte glauben, er hätte gelernt zu denken. Aber weit gefehlt.

In seinem Haß auf unsere Erbrungen schreibt er: „Du bist vollkommen verblödet, Dich hat man rot geimpft, Kommunistenfrau.“ Er habe drei Systeme miterlebt und hier (in Westdeutschland) lebe man ruhig, brauche zu keiner Versammlung und zu keiner Demonstration gehen.

Hier liegt in der große Fehler der Menschen, sie sind zu bequem zu denken. Sie hoffen, daß ihnen der Frieden von einer Himmelsmacht geschenkt wird und werden dabei in Westdeutschland systematisch in die neue Kriegsvorbereitung einbezogen. Es muß deshalb auch weiterhin meine Pflicht sein, stets zu versuchen, ihnen mein Gedankengut zu übermitteln. Die Maßnahmen unserer Regierung tragen wohl am entscheidendsten dazu bei, aber in der kleinsten Zelle, der Familie, darf dieses nicht anderen überlassen werden.

Ich bin fest überzeugt, daß meine Eltern und auch mein Bruder doch noch zur richtigen Einschätzung des Weltgeschehens kommen werden, ich will mithelfen, daß diese Einsicht nicht zu spät kommt.

Anneliese Hahn
Studentin an den Chemischen Instituten

Es sind nicht wenige Kongresse und Tagungen in Westdeutschland, zu deren Besuch auch in diesen Tagen Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität eingeladen werden.

Wie reagieren? Das ist die Frage, vor die sie sich gestellt sehen. Mancher zögert mit der Antwort.

„Mir ist bewußt“, schreibt z. B. ein Professor, „daß zur Zeit noch gewisse Schwierigkeiten für eine derartige Kongreßreise bestehen; wie die Verhältnisse Ende April liegen werden, kann ich nicht übersehen.“

Hinweise dieser Art lassen es geraten erscheinen, exakt zu prüfen, worin die Schwierigkeiten für „derartige Kongreßreisen“ (d. h. Reisen nach Westdeutschland und in andere NATO-Staaten) bestehen, und zu untersuchen, „wie die Verhältnisse Ende April 1962 liegen werden“.

Was wäre, wenn in Westdeutschland...?

Wird Ende April dieses Jahres der Dr. Hans Maria Globke vom Staatssekretärsposten auf die Anklagebank neben Adolf Eichmann überwechselt? Wird Hermann Abs den Befehlstand über Finanzen und Politik im Bonner Staat verlassen haben - den Posten des Chefs der Deutschen Bank - und für seine Kriegsverbrechen die Strafe abzusitzen beginnen, zu der er rechtskräftig von jugoslawischen Gerichten verurteilt worden ist? Wird Franz Josef Strauß wegen sittlicher Ver lumpung, Betrugs und schlimmsten Nationalverrats von den Westdeutschen außer Landes gejagt sein? Wird der Pestdokter Hiller, Blome, bis dahin von Dortmund Arbeitern hinter Schloß und Riegel gebracht? Wird Professor Schwinge, der „Theoretiker“ des Hitlerischen Kriegsvertrages, Ende April vom Senat der Philipps-Universität zu Marburg suspendiert und wird er sich für seine Mißtaten verantworten müssen? Ende April wäre ein sehr geeigneter Zeitpunkt, denn in jenem Monat führt sich der Tag des grausigen Mordes an den Brettheimer Bürgern, die 1945 ihren Ort vor unnützem Blutvergießen bewahren wollten, indem sie irregulären verführten Jugendlichen die Panzerlaub aus der Hand nahmen. Die friedliebenden, besonnenen Brettheimer Bürger aber, die das Ende des Hitlerkrieges herbeisehnten und - wenn auch zu spät - etwas dafür tun wollten, sie wurden von Schwinge, jenem Schwinge im Senat der Marburger Universität, unter dem Regime des Adenauer-Staates nach 1945 juristisch noch einmal ermordet. Die Untat der SS von 1945 - der Mord an drei unbescholtenen Deutschen in Brettheim, die Frieden wollten - die Untat fand ihren Rechtfertiger in Schwinge, Mitglied des Senats der Marburger Universität. Ungeheuerlich! Wird diese Ungeheuerlichkeit Ende April 1962 der Vergangenheit angehören?

Es ist klar: Wenn das in Westdeutschland geschähe, dann wäre dort ein demokratischer Staat. Ohne Abs, kein Adenauer, ohne Adenauer kein Globke, Strauß, Blome, Schwinge und Konsorten in Machtpositionen.

Mag sein, der eingangs zitierte Herr Professor unserer Universität gibt sich der guten Hoffnung hin, Veränderungen in

MARGINALIEN

Professorenflucht aus Westberlin hält an

Die Professoren Dr. jur. Günter Hück und Dr. phil. Gerhard Ostreich haben im Zuge der immer größeren Frontstadtflucht von intellektuellen ihre Lehrstühle an der Daberner Universität in Westberlin aufgegeben. Prof. Dr. Hück, der außer seinem Ordinariat Direktor des Instituts für bürocratisches Handels- und Zivilprozessrecht sowie Direktor des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht war, hat einen Lehrstuhl für bürgerliches Recht in Wien übernommen. Prof. Dr. Ostreich war in Westberlin bisher ordentlicher Professor für Geschichte der politischen Theorien sowie Mitglied des Instituts für politische Wissenschaften an der Daberner Universität. Seinen Lehrstuhl an der Philosophischen Fakultät verläßt er nach der ungewöhnlich kurzen Zeit von knapp einem Jahr.

Kommen und Gehen in Berlin W. - Solang die Kennedy und Clay Pulser hier zusammengetragen sollen auch die Möbelwagen.

Vorlesungen auf Treppenstufen

Ein beachtenswertes Licht auf die Kulturpolitik des Frontstadtsenats werfen die Zustände in der Westberliner Pädagogischen Hochschule in Lankwitz. Seit Jahr und Tag spielt sich hier das studentische Leben in furchtbarer Enge ab. Der einzige bisher zur Verfügung stehende Hörsaal faßt im Höchstfall 200 Hörer, und auch diese Zahl nur, wenn eine kleine Bühne mit Stühlen bestellt wird. Es gibt aber Pflichtvorlesungen, bei denen mindestens 230 Studenten anwesend sein müssen. Die Überzähligen sitzen dann auf Treppenstufen oder auf dem Fußboden.

Wie die ASTA-Vorsitzende der Hochschule, Heide-Marie Mahler, mitteilte, sieht es mit den Seminarräumen nicht anders aus. Auch sie sind viel zu klein und dürfen normalerweise nur für ein Seminar tatsächlich 30 bis 25 Teilnehmer fassen. Tatsächlich werden die Seminare von 50 bis 80 Studenten besucht. Es sei kein Wunder, daß unter diesen Umständen für die wichtigsten Fächer Dozenten fehlten.

Um auf der Treppe nicht zu bleiben, setzt man jene vor die Tür, die sich die Gelder eisenerleiben für Krieg und USA-Panzer.

Universitätszeitung, Nr. 9, 1. 3. 1962, S. 5